



## **Die Kreisstraße entlang der drei Mainburger Schulen wird nun doch mit einem Kreisverkehr ausgestattet. Im zuständigen Ausschuss gab es aber Bedenken.**

Von Martina Hutzler, Mainburg.

Das Schulzentrum in Mainburg bekommt nun doch einen Kreisverkehr als „Entrée“. Nach kontroverser Debatte hat der Kreisausschuss die entsprechenden Pläne für die künftige Erschließung von Mittel-, neuer Realschule und Gymnasium abgesegnet.

Der Landkreis Kelheim ist in zweierlei Hinsicht von diesem Vorhaben auf Mainburger Stadtgebiet berührt: Zum einen ist er Träger von zwei der drei Schulen des Schulzentrums: das Gabelsberger-Gymnasium und die neue Realschule, deren Gebäude derzeit errichtet wird; es soll bis Mitte 2016 bezugsfertig sein. Zum anderen fällt die Kreisstraße KEH 31 in die Baulast des Landkreises. Sie führt, innerorts als „Ebrantshausener Straße“, an den drei Schulen vorbei. Die davon abzweigenden Straßen sind in Verantwortung der Stadt Mainburg, und die Stadt ist auch Trägerin der Hallertauer Mittelschule.

Die Stadt Mainburg war es auch, die stets darauf gedrängt hatte, mit dem Umbau der bestehenden Einmündungen zu einem Kreisverkehr die Verkehrssituation im Schulbereich zu entschärfen. Zu den schulischen Stoßzeiten morgens und mittags komme es dort zu teils chaotischen Situationen mit an- und abfahrenden Schulbussen und Autos, schilderte Kreisrat und Bürgermeister Josef Reiser.

### **Regierung schwenkte um**

Die Regierung von Niederbayern hatte das ursprünglich anders gesehen. Und deshalb angekündigt, dass sie einen Kreisbau nicht fördern werde. Das war, heuer im April, wiederum für den Kelheimer Kreisausschuss das Signal, einen solchen Kreis ebenfalls als nicht notwendig abzulehnen, weil er verkehrstechnisch nicht nötig sei.

Doch die Stadt Mainburg, die für das gesamte Verkehrskonzept rund um das Schulzentrum verantwortlich zeichnet, wurde nochmals in Landshut vorstellig. Und konnte die Bezirksregierung schließlich überzeugen: Der Staat fördert den Ausbau nun doch –üblicherweise mit 60 Prozent, möglicherweise aber sogar mit einem höheren Fördersatz, informierte Kreiskämmerer Reinhard Schmidbauer den Kreisausschuss.

Die Verwaltung empfahl daher den Kreisräten nun, den „Anti-Kreis-Beschluss“ vom April aufzuheben und einem Ausbau der KEH31 mitsamt Kreisverkehr zuzustimmen. Das sei sachlich sicher gerechtfertigt, urteilte Kreisrat Dr. Uwe Brandl. „Aber wir müssen uns im Klaren sein, dass wir einen Präzedenzfall schaffen“: Der Kreisausschuss habe im April festgestellt, dass der Kreis verkehrstechnisch nicht erforderlich sei. Nun wieder umzuschwenken, schade „der Berechenbarkeit dieses Gremiums“, warnte Brandl. Wenn künftig in einem ähnlich gelagerten Fall jemand mit dem Argument „sicherheitstechnische Verbesserung“ auftrete, müsse man ebenfalls eine Zusage erteilen.

Dem widersprach sein Fraktionskollege Wolfgang Gural. Das Projekt sei verkehrstechnisch sinnvoll und werde vom Staat hoch gefördert – da könne er keinen Präzedenzfall erkennen, sondern nur „dem Mainburger Bürgermeister gratulieren, dass er die Regierung überzeugen konnte“, sagte CSU-Fraktionschef Gural. Und auch Andreas Kreitmeier (CSU) sah in dem Bauwerk eine Notwendigkeit, wenn auch nur phasenweise: „An 23 Stunden am Tag ist der Kreisel sicherlich nicht erforderlich. Aber zu Schulbeginn und wenn die Schule aus ist, holt Dich in der Straße der Teufel“, schilderte er die Blechlawine in drastischen Worten. Karl Zettl (Freie Wähler) sah sich vom Planer – Gerhard Frauenstein vom Regensburger Büro EBB – bestätigt, dass ohne Kreisel eine Ampelanlage gebaut werden müsste, was eher noch teurer würde als der Kreisel.

Die Argumente überzeugten letztlich das gesamte Gremium – einstimmig wurde das Verkehrskonzept samt Kreisverkehr gebilligt, vorbehaltlich der endgültigen Förderzusage der Bezirksregierung. Der Ausbau der Kreisstraße KEH31 selbst kostet rund 335 000 Euro, der Kreisverkehr weitere 440 000; zusammen mit einem Geh- und Radweg summieren sich die Baukosten auf knapp 1,1 Millionen. Dank der in Aussicht stehenden staatlichen Förderung und abzüglich des Kostenanteils der Stadt Mainburg bleiben für den Landkreis 218000 Euro zu schultern (davon 84 000 für den Kreisverkehr). Das Geld soll im Kreishaushalt 2015 eingeplant werden.

Damit aber nicht genug: Neu gebaut werden muss auch ein Parkplatz südlich der Kreisstraße, für alle drei Schulen. Hierzu hat der Kreisausschuss eine Vereinbarung mit der Stadt Mainburg abgesegnet. Der Parkplatz kostet 657 000 Euro; davon trägt der Landkreis 335000. Den Rest übernimmt der Mainburger Schulverband. Förderung gibt es hierfür nicht. Der Parkplatz wird zeitgleich zu den Straßenbauarbeiten errichtet.

### **Busterminal frühestens 2018**

In weiter Ferne ist noch der Bau eines Busterminals zwischen den Schulen und der KEH 31. Stadt und Landkreis haben die Planungen hierfür einvernehmlich zurückgestellt, informierte Kämmerer Schmidbauer: Erst einmal muss die Realschule samt Doppeltturnhalle gebaut werden; danach steht die Generalsanierung der Mittelschule an. Erst danach ist, auch aus Platzgründen, der Bau des Busterminals möglich, also „nicht vor dem Jahr 2019“. Aktuell beläuft sich die Kostenschätzung dafür auf 800 000 Euro.